Nr. 536. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 2,— Mk., monatl. 8,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 20. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Das Ende eines Wahnes.

Ueber die Lage in Nordrußland liegen vorerst zwei Meldungen vor, deren eine bestätigte, daß Kronstadt am Freitagnachmittag die weiße Flagge hißte, während die andere von einer Deputation der Stadt Petersburg an Judenitsch berichtet, die über die Kapitulation verhandelt. Ferner berichtet Reuter aus Helsingfors, daß eine Abordnung Petersburger Arbeiter den General Judenitsch gebeten hat, Petersburg nicht zu beschießen, sie sichere ihm Unterstützung gegen die Bolschewisten zu.

Am Freitag muß also Petersburg noch unbesetzt gewesen sein. Eine spätere Nachricht aus Helsingfors berichtet jedoch von Straßenkämpfen in Petersburg und der Zusammenziehung starker bolschewistischer Truppenmassen bei Petersburg und am Peipussee.

Die französische „Liga für Menschenrechte" hat in der „Humanité" einen Protest gegen die geplante Blockade Sowjetrußlands veröffentlicht. Es ist interessant, daß die Veröffentlichung der Blockadenote in den Ententeländern erst jetzt erfolgt ist. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Angst der westlichen Regierungen vor den Widerständen gegen die Note in der Arbeiterschaft eine beträchtliche ist.

•

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Petersburg für die Bolschewisten verloren ist und weiter wird es nur eine Frage der Zeit sein, daß mit Moskau die letzte Hochburg des bolschewistischen Weltgespenstes fällt. Damit endet der ernsthafteste und überspannteste Versuch der Herstellung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in dem Lande, wo er zuerst unternommen und am längsten und entschiedensten durchgeführt worden ist, mit einer Tragödie. Sowjet-Rußland, dessen Bild von der Parteien Haß und Gunst verwirrt in der Geschichte schwankt, gehört dann der Vergangenheit an.

Ueberrascht es uns? Nein, denn das Ende war abzusehen. Die Spottgeburt von Dreck und Feuer, die Mischung von reinstem Idealismus und brutalster Gewalt konnte nur in der vom Winde der Freiheit und von jeder Außenwelt abgeschlossenen Retorte der Diktatur das kurze Leben eines Homunkulus fristen. Die Voraussetzung revolutionärer Entwicklung der Gesellschaft, die Bejahung der breiten Massen, die innere Anteilnahme der Herzen, die geistige Bereitschaft der Köpfe, die Reife der Technik und Organisation zur Bewirtschaftung durch die Gemeinschaft — alles das, was dem geschulten Marxisten als Bedingung des Dauererfolges sozialistischer Tat geläufig ist, das glaubten die Bolschewisten durch den Besitz der blinden Waffengewalt ersetzen und schaffen zu können. Freilich: Die innere Unmöglichkeit bolschewistischer Wirtschaft und Politik führte den Sturz noch nicht herbei, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß einer militärischen Herrschaft gegenüber die Massen sich eher auf die Seite legen, um zu sterben, ehe sie den Alpdruck der Gewalt von sich werfen. Es bedarf, wie in Deutschland die Novemberrevolution zeigte, des äußeren Anstoßes. Es werden auch in Rußland viele die bolschewistische Heermacht unterstützt haben, die das System an sich leidenschaftlich haßten, aber aus nationalen Erwägungen die Abwehr fremdländischer Söldnerheere billigten.

Sollen wir uns über den Zusammenbruch Sowjet-Rußlands freuen? Dazu haben wir keinen Grund. Wir vergessen es den Lenin und Trotzki nicht, daß sie die ersten waren, die die Hand des Friedens über die Grenzen reichten, wir verkennen die hohen menschlichen Absichten und die kühne Idee, die ihrem Willen innewohnte, so wenig, wie wir ihnen ihre Eigenschaften als weltgeschichtliche Männer vom großen Format absprechen können. Die Not eines großen Volkes, das bedrückt von jahrzehntelanger zaristischer Knechtschaft, verelendet und gepeinigt durch jahrelangen Krieg, durch fürchterliche Verluste und Niederlagen nach Erlösung schrie, zuletzt die Unfähigkeit des ententistischen Heloten Kerenski hatte sie bestimmt, zu wagen. Was aber dann kam, daß das Parlament zum Teufel gejagt wurde, die Gewaltsamkeiten, der Terror, die neuen Kriege, die Experimente und Dekrete — das geschah zwangsläufig, das war geschichtliche Tragik, die sie zu Werkzeugen unterwarf. Die Bolschewiki haben viel Elend nicht nur über das russische Volk, sondern auch über das deutsche und das ungarische gebracht. Denn ihr Beispiel und ihre Hilfe waren die Ursache der unglücklichen Versuche am untauglichen Objekt, die in Ungarn jene Reaktion heraufbeschworen haben, die in Deutschland nur von der höheren Einsicht der breiten Massen niedergehalten wird. Trotzdem hatte das deutsche Volk kein Interesse am Sturz der Sowjetrepublik, denn die Kräfte, die ihn herbeigeführt haben, können nur mit einem großen Aufgebot von Gutgläubigkeit als dem heutigen sozialen Deutschland freundliche bezeichnet werden. Vorläufig wird sich die Entente der Lage bemächtigen und durch ihre Drahtzieher die niedergefallenen Zügel aufnehmen lassen. Nicht nur Deutschland, auch Rußland wird zum Opfer des Ententekapitalismus werden. London und Washington werden die zur Ententekolonie gewordene Welt beherrschen. Das gemeinsame Schicksal der Besiegten, der gemeinsame Wille zur Ueberwindung einer alten Welt läßt uns das Schicksal Sowjet-Rußlands nahegehen.

Doch haben wir Grund zu trauern? Nein. Denn das, was uns als Revolution, als Befreiung der Menschheit vorschwebt, das kann ein Judenitsch nicht stürzen. Wir haben weder an die Weltrevolution, noch an die Errichtung einer sozialistischen Ordnung im Sinne militärischer Spaziergänge, nach den Vorlagen von Richters Ankersteinbaukasten geglaubt und wissen, daß die Entscheidungen dieser Kämpfe nach Erreichung ihrer Voraussetzungen ausgekämpft und gefällt werden. Der Weltkapitalismus wird sich die großen Massen der Proletariate aller Länder zu Gegnern erziehen, zu einer Macht, die ihn in der Stunde der Reife zum Heile der Menschheit ablösen wird, in Formen aber, die die Nöte des Morgens nicht durch die sinnlos vergeudeten Blutes ersetzt.

Die Abstimmung in Schleswig.

Die Ansprüche Dänemarks auf das dänische Nordschleswig oder richtiger die Rechte der dänischen Nordschleswiger, sich dem Mutterlande anzuschließen, gehen auf den § 5 des zwischen Preußen und Oesterreich 1866 geschlossenen Prager Friedens zurück, worin den Nordschleswigern zugestanden wurde, sich durch Abstimmung für die Zugehörigkeit zu Preußen oder zu Dänemark zu entscheiden. Die Regierung Bismarcks hat, illoyal genug, diese Zusage nie eingelöst.

Nach dem Sturz der deutschen Machtpolitik durch die Revolution hätte die Möglichkeit bestanden, daß die Regierung des demokratischen Deutschlands die seit mehr als 50 Jahren schwebende schleswigsche Frage durch unmittelbare, gütliche Verhandlung mit Dänemark aus der Welt schaffte; die Entente aber bedeutete der dänischen Regierung, daß sie einen solchen Versuch als einen unneutralen Akt betrachten müsse. Sie machte die schleswigsche Frage zu ihrer eigenen, wodurch eine wirklich unparteiische und reibungslose Lösung außerordentlich erschwert wurde. Der Abschnitt XII (Artikel 109 bis 114) des Friedensvertrages ist denn auch ein Beweis dafür, daß — ebensowenig wie der ganze Vertrag einen wirklichen Friedenszustand zu schaffen imstande ist — auch die schleswigsche Frage weder zur vollen Zufriedenheit der Schleswiger selbst, noch der deutschen und dänischen Nachbarn geklärt werden dürfte.

Allerdings besagt der Leitsatz des Artikels 109, daß „die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark in Uebereinstimmung mit dem Wunsch der Bevölkerung festgesetzt" werden soll. Aber eine ganze Anzahl weiterer Bestimmungen scheinen geeignet, diesen Wunsch der Bevölkerung in die Richtung zu drängen, die der Entente im Hinblick auf die Schmälerung deutschen Reichsgebiets genehm ist. Und wenn man bedenkt, daß die Abtrennung der nichtdeutschen Grenzgebiete Deutschlands unter dem ausgesprochenen Gesichtspunkt der nationalen Befreiung erfolgen sollte, so muß auch in der schleswigschen Frage festgestellt werden, daß dieses ursprüngliche, nationale Moment längst vor der Lösung aus rein wirtschaftlichen Bewaggründen gewichen ist, die, so erklärlich sie sein mögen, jedenfalls der Nationalitätsfrage nicht gerecht werden können.

Das umstrittene Gebiet erstreckt sich südlich der heutigen deutsch-dänischen Grenze bis zu einer Linie, die im Osten südlich der Insel Alsen beginnt, etwa in der Höhe Flensburgs die Ostküste Schleswigs erreicht, von da unter zwei größeren Ausbuchtungen nach Süden längs der Söholmer Au in die Nordsee mündet und südlich der Inseln Föhr und Amrum endet. Ueber ihre künftige nationale Zugehörigkeit zu Deutschland oder Dänemark sollen sich die Bewohner dieses Gebiets in einer geheimen Abstimmung äußern, zu welchem Zweck der Landstrich in zwei Bezirke, eine sogenannte erste (nördliche) und eine zweite (südliche) Zone zerlegt worden sind. Von der sogenannten dritten Zone, die bis zum Danewerk reicht und die dänische Chauvinisten auf Grund des geschichtlichen Rechts mit in das Abstimmungsgebiet einbezogen wissen wollten, was zu heftigen innerpolitischen Debatten in Dänemark führte, kann hier abgesehen werden, da der endgültige Friedensvertrag diese Bestrebungen ignoriert hat.

Die beiden ersten Zonen werden einem verschiedenen Wahlmodus unterworfen: in der ersten, die südlich bis zu einer Linie Flensburger Förde (Mittellinie) — Atte Au — Sieltoft —, nördlich Sylt reicht und bot einer Gesamtbewohneranzahl von etwa 150 000 Seelen 68 Proz. mit dänischer Muttersprache umfaßt, wird en bloc nach der absoluten Mehrheit abgestimmt; in der zweiten Zone jedoch mit nur 9 Proz. Dänischsprechender von 120 000 Einwohnern gemeindeweise. Die zweite Zone wird nur soweit an Dänemark kommen, als eine Mehrheit von Gemeinden in einer bestimmten Breite sich dafür ausspricht. Jedenfalls sollen Enklaven vermieden und etwaige sehr weit nördlich belegene deutschstimmende Gemeinden ausgetauscht werden, so daß die künftigen nationalen Minderheiten beiderseits der künftigen Grenzlinie ungefähr gleich gering bleiben.

Der Abstimmung geht nach dem Friedensvertrage eine Räumung der Gebiete durch die deutschen Truppen und Behörden voraus, und zwar spätestens 10 Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, worauf ein Internationaler Fünferausschuß, bestehend aus den Gesandten Amerikas, Frankreichs und Englands in Kopenhagen, sowie einem Schweden und einem Norweger die Verwaltung des Landes übernimmt und überhaupt alle „Maßnahmen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Abstimmung für erforderlich hält", ergreifen kann. So besonders die militärische Besetzung des Abstimmungsgebiets durch Ententetruppen.

Die Abstimmung erfolgt in der ersten Zone spätestens drei Wochen nach der Räumung, in der zweiten Zone spätestens fünf Wochen nach der ersten Abstimmung. Stimmt die Mehrheit der ersten Zone für Dänemark, kann die dänische Regierung im Einverständnis mit dem Ausschuß das Gebiet unmittelbar nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses durch Militär- und Verwaltungsbehörden besetzen lassen. In

Ein Erlaß gegen Boykottversuche.

Die Technische Nothilfe wird von Seiten Streikender heftig befehdet und mit Boykott bedroht. Um der wirtschaftlichen Bedrohung und Schädigung der Angehörigen der Technischen Nothilfe und ihrer Familienmitglieder wirksam zu begegnen, hat nunmehr der Oberbefehlshaber gez. Noske folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand verbiete ich für das unter Belagerungszustand stehende Gebiet — Landespolizeibezirk Berlin, Stadtkreis Spandau, Landkreis Teltow und Niederbarnim — jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Boykott) der Angehörigen der Technischen Nothilfe und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Boykott.

Ferner verbiete ich die öffentliche schriftliche Beschimpfung oder Bedrohung der Technischen Nothilfe in der Presse, in Flugblättern und Broschüren.

Zuwiderhandlungen sind auf schnellstem Wege zur Kenntnis des Oberkommandos (Abteilung Ic, Bendlerstraße 13) zu bringen. Sie werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe androhen.

Die Berliner Bevölkerung wird den der Technischen Nothilfe dadurch gewährten Schutz nur billigen und unterstützen können.

Weltrevolution. Wir lesen in der „Freiheit", daß in den Vereinigten Staaten und in Japan die Arbeiterbewegung sich noch in den ersten Anfangsstadien befindet. Da kann es ja nicht fehlen, daß die Weltrevolution demnächst ausbricht und zum Siege gelangt.

Außerordentlicher Parteitag der Unabhängigen.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. beruft auf Sonntag, den 16. November, einen außerordentlichen Parteitag nach Leipzig. Wie in dem Einladungsaufruf diskret angedeutet wird und wie die Tagesordnung mit voller Deutlichkeit ergibt, gilt der Parteitag der Entscheidung der prinzipiellen Streitfragen, welche seit Monaten die U. S. P. D. auf das heftigste zerklüften. Dem Geschäftsbericht der Parteileitung (Berichterstatter Dittmann) folgt in der Tagesordnung als zweiter Punkt „Programm und Taktik" der Partei (Referent Crispien), als dritter „Stellung zur Internationale" (Referent Hilferding, Korreferent Stöcker), als vierter „Die Gewerkschaftsbewegung" (Referent Henke), als fünfter „Besondere Anträge".

Die Delegation zum Parteitag erfolgt auf Grund eines neuen Wahlverfahrens: es sollen je 2500 Mitglieder durch Urwahl einen Delegierten wählen. Auf diese Weise werden die großen Städte stärker als bisher vertreten sein, was zusammen mit dem Tagungsort Leipzig dazu beitragen dürfte, die radikale Richtung zu verstärken. Das ist uns um so beachtenswerter, als voraussichtlich die bedeutsamen Fragen zur Entscheidung stehen werden, wie Stellung für oder gegen den Parlamentarismus, für oder gegen die Gewerkschaften, Zugehörigkeit zur zweiten oder zur dritten Internationale.

Her mit dem Vieh! Der belgische Ausschuß, der sich mit der Auslieferung des deutschen Viehes befaßt, ist nach Deutschland abgereist.

der zweiten Zone schlägt der Ausschuß nach dem Abstimmungsergebnis den alliierten Regierungen eine Grenzlinie unter Berücksichtigung der „besonderen geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Ortschaften“ vor, worüber Paris endgültig entscheidet. Und aus der Hand der Alliierten empfängt Dänemark dann die Gebiete, die ihm zufallen.

Die Einseitigkeit aller dieser Bestimmungen liegt zutage. Schon die Abgrenzung der ersten Zone mit ihrer en-bloc-Abstimmung bedeutet eine Majorisierung der deutschen Minderheit, die nicht etwa über diesen Landstrich hin verstreut wohnt, sondern mit etwa 30 000 Seelen eine geschlossene Mehrheit der südwestlich belegenen Kreise Hoyer und Tondern ausmacht. Nur die Rücksicht auf einen dänischen Großgrundbesitzer, dessen Ländereien sich dorthinein erstrecken, führte die Grenzlinie des Abstimmungsgebiets um diese beiden deutschen Kreise herum. Ferner gibt die Bestimmung des Artikels 110 von der Grenzlinie in der zweiten Zone, die von dem Internationalen Ausschuß trotz des Abstimmungsergebnisses unter Berücksichtigung der „besonderen geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse festgelegt werden darf, eine Handhabe zu einer gewissen Willkür, falls die Bestimmung nicht den Interessen Dänemarks und Deutschlands gleichmäßig zugute kommt. Ganz davon zu schweigen, daß auch die lautgewordenen Bestrebungen, die Grenze nach strategischen Gesichtspunkten zu ziehen, sich auf diese Berücksichtigung „geographischer Verhältnisse“ beziehen können. Und schließlich ist Deutschland bei der ganzen Entscheidung offiziell ausgeschaltet. Die Wahlen gehen vielmehr unter dem Druck der bewaffneten feindlichen Macht vor sich, deren Wirken aus dem Rheinlande hinlänglich bekannt ist.

Vollends verdrängt wird jedoch das Moment der nationalen Selbstbestimmung durch wirtschaftliche Gesichtspunkte. Zunächst schien die Panik vor den unerträglichen künftigen Steuerlasten Deutschlands große deutsche Mehrheiten ins dänische Lager zu drängen. Ja, die reichsdänische annexionistische Agitation verschmähte dieses Mittel nicht, um große, bewußt deutsche Mehrheiten Dänemark zuzutreiben. Inzwischen hat sich aber durch den Sturz des Reichsmarkkurses das Blatt überraschend gewandt. Alle Inhaber von Markwährung in Guthaben aller Art fürchten diese mit der Abtretung an Dänemark auf ein Fünftel in Kronenwährung verringert zu sehen, und der dänische Staat ist natürlich außerstande, mit den ihm verfügbaren Mitteln einen Ausgleich zu schaffen, der die Inhaber von Markwährung vor dieser Schädigung bewahrt. Die Staatsanleihe von vorläufig 145 Millionen Kronen, die Dänemark jetzt unter dem Namen der „Wiedervereinigungsanleihe“ aufgenommen hat, spendet zwar 50 Millionen für eine sogenannte Ausgleichskasse, die den Inhabern von Reichsmark den gegenwärtigen Kurs von etwa 20, keineswegs aber, wie gehofft und gefordert, den Parikurs von 88 garantiert; sie muß jedoch ferner dazu herhalten, um nach dem Friedensvertrag den gesamten preußischen Staatsbesitz des abzutretenden Gebiets, Eisenbahnen, Domänen, Gebäude usw., abzulösen, dessen Wert allein in der ersten Zone nach der niedrigen Friedensschätzung 200 Millionen Kronen beträgt. Neuerdings soll eine hohe Besteuerung des reichsdänischen Kriegsgewinns die weiteren Kosten aufbringen, so daß gerade diejenigen Kreise, die zum Teil durch Valutaspekulation und durch eiliges Grundstückkaufen in Nordschleswig sich zu bereichern versuchen, diesen Profit wieder werden abliefern müssen. Ihre pseudo-patriotische Begeisterung für die Wiedergewinnung eines möglichst großen Teiles von Nordschleswig wird daher arg gedämpft.

Es besteht kein Grund, über diese Wendung sonderliche Befriedigung zu empfinden. Die nationale Klärung der Frage wird dadurch ebenso sehr verhindert, wie noch vor einigen Monaten die im Grenzgebiet herrschende Steuerpanik. Wir können kein Interesse daran haben, Mitbürger in der Nordmark zu behalten, die aus Gründen der schlechten Valuta bei einem Lande verbleiben, in dem sie sich binnen kurzem abermals als eine Irredenta erweisen können.

Gewiß ist die schleswigsche Frage in erster Linie eine Sache der Schleswiger selbst, aber ihre Lösung berührt doch die Interessen der beiden Grenzländer in so erheblichem Grade, daß nur die Scheidung nach nationalen Gesichtspunkten die erforderliche Sicherheit für ein gedeihliches nachbarliches Verhältnis abzugeben vermag. Die Vergewaltigung der nationalen, politischen und kulturellen Rechte der Nordschleswiger durch den Köllerkurs und die dadurch bedingte Landräte- und Gendarmenwirtschaft haben nicht nur die feindselige Stimmung in Dänemark unvermindert wacherhalten, sondern auch während des Krieges die Antipathien der dänischen Bevölkerung gegen uns mitbestimmt, gegen die sich neutral zu behaupten die dänische Regierung einen schweren Stand hatte. Die beherrschende Stellung der dänischen Sozialdemokratie in der Politik ihres Landes läßt es um so mehr geboten erscheinen, alle nationalen Reibungsflächen zwischen den beiden demokratischsten Ländern Europas nach Möglichkeit verschwinden zu lassen. A. F. C.

Ein Protest.

In der am 16. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des Republikan. Führerbundes wurde nachstehender Entschluß angenommen: „Der Republikanische Führerbund erhebt energischen Protest dagegen, daß sich in letzter Zeit in steigendem Maße Angehörige bzw. ehemalige Angehörige des deutschen Volkes in den Straßen Berlins in Uniform umhertreiben, die Hoheitszeichen des zaristischen Rußlands tragen. Solches Verhalten ist nicht nur ungehörig und provozierend, sondern auch in ausgesprochenem Maße unnational und unwürdig eines jeden sein Volk liebenden deutschen Mannes. Der Republikanische Führerbund bedauert auf das lebhafteste, daß sich besonders deutsche bzw. ehemalige deutsche Offiziere und Unteroffiziere nicht scheuen, auf deutschem Boden Uniform und Hoheitszeichen fremder Staaten, die unserem republikanischen und deutschen Empfinden ins Gesicht schlagen, zur Schau tragen.“

Die Kriegsschuldunteruchung.

Der Unterausschuß des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung wird sich vorerst mit dem gescheiterten Friedensvermittlungsangebot Wilsons vom Januar 1917 beschäftigen.

Am kommenden Dienstag wird eine öffentliche Sitzung stattfinden, in der der Berichterstatter an der Hand der amtlichen Akten über den Fall referieren wird. Danach wird der ehemalige Botschafter in Washington Graf Bernstorff als Zeuge in derselben Angelegenheit vernommen werden. Zur Sitzung sind ferner geladen die Herren v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Zimmermann, Helfferich, v. Capelle und Ludendorff. Als Sachverständige hat der zweite Untersuchungsausschuß die Herren Professor Bonn, Graf Monts, Professor Hötzsch und Professor Dietrich Schäfer berufen.

Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen des Ausschusses wird nur den Inhabern von Eintrittskarten gewährt werden.

Sinnfein.

Der Lordmayor von Dublin hat mitgeteilt, daß alle Sinnfeiner Gefangenen, die sich in den Dubliner Gefängnissen befinden, entlassen werden würden. Diese Gefangenen waren in den Hungerstreik getreten. — Nach einer drahtlosen Meldung aus New York wurde auf dem geheimen Konvent der Sinnfeiner Devalera wiederum zum Präsidenten der irischen Republik gewählt. — In Dublin wurde der Sinnfeinerkongreß durch militärische Besetzung des Rathauses verhindert.

Der Weltkrieger als Weltversöhner.

Der kürzlich in Berlin ins Leben gerufene „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ erläßt den nachstehenden Aufruf an alle ehemaligen Kriegsteilnehmer:

„Der Weltkrieg ist vorbei. Wenn er einen Sinn gehabt haben soll, kann es nur der gewesen sein, die Völker über den Aberwitz bewaffneter Auseinandersetzungen zu belehren.

Auch solche gigantischen Lehren werden jedoch rasch vergessen. Es gilt, die Erinnerung an die Leiden, das Blut, den Schmerz, das unterdrückte Menschentum wachzuhalten.

Vor allem müssen sich die Kriegsteilnehmer hierfür einsetzen. Sie wissen, was „Krieg“ ist. Sie wissen, was „Friede“ heißt. Sie müssen daher mit allen Mitteln gegen den Krieg und für den Frieden kämpfen.

Kriegsteilnehmer aller Länder — vereinigt Euch!

In Genf hat sich (von Franzosen und Deutschen begründet) eine internationale Vereinigung der Kriegsteilnehmer zum Kampf für die Versöhnung der Völker gebildet, als Protest gegen den Versailler Gewaltfrieden und gegen die weiter fortgesetzte Verhetzung durch die Presse aller Länder.

An sie müßt Ihr Euch anschließen.

Ihr habt draußen kämpfen müssen für anderer Interessen.

Solltet Ihr nicht bereit sein, mit aller Kraft für Eure eigenen wahren Interessen einzutreten, die gleichzeitig die der gesamten Menschheit sind?

Ihr Soldaten müßt die Versöhner der Welt werden, sonst droht das Schicksal der kommenden Generationen sich wie das Eure zu gestalten.

Ein Dauerfriede muß der Welt geschenkt werden.

Die Stimme der Millionen Kriegsteilnehmer, ihre sozialen und vor allem ihre ideellen Forderungen müssen gehört werden, die Kriegsteilnehmer sind die Berufensten, in den Dingen des Krieges mitzureden.

Kriegsteilnehmer, Kameraden, kommt daher zu uns als Mitstreiter gegen Gewaltherrschaft und Völkerfrevel, gegen Chauvinismus und eine Politik, die für den Nutzen einzelner kostbarstes Blut aufs Spiel gesetzt hat.

Krieg dem Kriege!“

Gefreiter Karl Vetter (Redakteur der „Berliner Volks-Zeitung“). Landsturmmann Artur Zickler (Redakteur des „Vorwärts“). Landsturmmann Emil Rabold (Redakteur der „Freiheit“). H. G. v. Beerfelde (Hauptmann a. D.), Unteroffizier Döring (Republ. Führerbund), Major Lange, Otto Lehmann-Rußbüldt (San.-Uffz.), Freiherr v. Maltzahn (Oberleutant d. R.), Willy Meyer (Hauptmann a. D.), Professor G. Nicolai (Militärarzt u. R. K. W.), Ulrich Steindorff (Landsturmmann), Dr. Curt Thesing (Offz.-Kraftfahrer), Ignaz Wrobel (Vizefeldw. d. R.).

Zuschriften sind zu richten an Albert Klauer, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 17a.

Aufrechte? Im Kreise Neustettin (Pommern) hat sich ein „Bund der Aufrechten“ gebildet, dessen erste Tat in einem schweifwedelnden Huldigungstelegramm nach Amerongen an Wilhelm und Frau bestand. Die „Aufrechten“ scheinen bis zum 9. November durch die Bank der Klasse der strebsamen Rückenbeuger angehört zu haben.

Unbedingt nachzuahmen. Ein paar Gutsbesitzer mit Namen Wendorff — teils mit, teils ohne „von“ — fühlen das dringende Bedürfnis, in der „Deutschen Tageszeitung“ mitzuteilen, daß sie mit dem demokratischen mecklenburgischen Minister Dr. Hugo Wendorff „in keinerlei Beziehung geistig verwandt sind und ihm völlig fremd gegenüberstehen“. — Wir empfehlen dies Verfahren unbedingt zur Nachahmung! Sämtliche deutschnationalen Müller und Schmidt mögen jetzt erklären, daß sie mit dem deutschen Außenminister bezw. mit dem Reichswirtschaftsminister gleichen Namens „in keinerlei Beziehung geistig verwandt sind“, — um unangenehmen Verwechselungen vorzubeugen!

Die Körperwärme des Menschen.

Von Hans Fehlinger.

Im menschlichen Körper wird Wärme erzeugt durch die chemischen Umwandlungen der aufgenommenen Nahrung und durch die Bewegungen der Lebenstätigkeit. Für die Wärmeerzeugung kommen besonders die Muskelorgane in Betracht, die beim Menschen etwa 40 Proz. der Körpermasse bilden. Schon bei völliger Bewegungslosigkeit findet in den Muskeln eine deutliche Wärmeproduktion statt, die bei heftigen und oft wiederholten Reizungen stark gesteigert wird. Auch die Tätigkeit der fortwährend rhythmisch sich verkürzenden Muskeln, der Atemmuskeln und des Herzmuskels führt zu beträchtlicher Wärmeerzeugung, da ihre Bewegungsenergie vollständig in Wärmeenergie umgewandelt wird. Die Wärmeproduktion der übrigen Organe ist gering, verhältnismäßig bedeutend ist sie nur noch in den großen Drüsenorganen (z. B. Leber und Nieren). Von Einfluß auf die Wärmeerzeugung ist unter anderem die Größe des Körpers sowie das Alter und andere Faktoren. Bei jungen Personen trifft auf ein gleiches Ausmaß von Körperoberfläche eine stärkere Wärmeproduktion als bei Erwachsenen. Ein Teil der im Körper erzeugten Wärme muß wieder abgegeben werden, da sonst in kurzer Zeit so viel davon aufgespeichert würde, daß der Tod eintreten müßte. Schon eine geringe Temperatursteigerung beeinträchtigt die Lebenstätigkeit der Muskeln, Nerven und Drüsen (Fieber). Die Wärmeverluste finden durch Leitung, Strahlung und Verdampfung statt, wobei der Temperaturunterschied des Körpers und seiner Umgebung entscheidend, aber auch die Beschaffenheit der Körperoberfläche und des Mittels der Leitung, Strahlung usw. von Belang ist. Die Wärmeverluste durch Leitung und Strahlung, teilweise auch durch Verdampfung, sind an behaarten Körperstellen geringer als an nackten; denn zwischen den Haaren wird eine Luftschicht erhalten, die Wärme schlecht leitet und deren Erneuerung außerdem erschwert ist. Von ähnlicher Bedeutung ist die Bekleidung des mit verkümmertem Haarkleide ausgestatteten menschlichen Körpers. Die Wärmeverluste des entblößten Armes sind etwa um ein Drittel größer als die des bekleideten.

Damit die Wärmeabgabe weder zu gering noch übermäßig ist, ist eine regulierende Einrichtung notwendig, die durch den wechselnden Blutstrom zur Haut und durch die wechselnde Tätigkeit der Schweißdrüsen gegeben ist. Ist es z. B. bei kalter Temperatur notwendig, die Wärmeabgabe zu verringern, so verengern sich die kleinen Schlagadern der Haut, der Blutstrom nimmt ab, der Haut wird weniger Wärme zugeführt, sie wird kälter und der Wärmeunterschied zwischen Haut und Luft geringer, so daß die Wärmeabgabe an die Luft vermindert wird. Gleichzeitig tritt weniger Schweiß aus, was ebenfalls die Wärmeabgabe verringert. Bei Steigerung der Körpertemperatur durch Bewegung, Fieber usw. wird größere Wärmeabgabe notwendig: die Schlagadern der Haut werden weiter, der Blutstrom zur Haut nimmt zu und durch den großen Temperaturunterschied zwischen Haut und Luft steigt die Wärmeabgabe an die Luft; auch die Schweißdrüsen sondern mehr Schweiß ab. An der Regulierung der Wärmeabgabe sind bedeutsame Blutverschiebungen beteiligt, indem das tiefe und das oberflächliche Blutgefäßsystem in gewissem Gegensatz stehen; durch die Beförderung der Blutmasse in die Muskeln und Eingeweide wird großen Wärmeabgaben von der Haut aus vorgebeugt, durch umgekehrte Verschiebung des Blutes wird Wärmeabgabe an die Umgebung gefördert. Versagen die Einrichtungen zur Regulierung der Körpertemperatur, so ist das Leben bedroht. Bewegte Luft bedingt, insbesondere durch Erhöhung der Wärmeabgabe vermittels Verdampfung, bedeutend stärkere Wärmeverluste als ruhige Atmosphäre; durch Verweilen in engen, leicht erwärmbaren Wohnstellen mit stockender Luft wird die Wärmeabgabe und damit der Unterschied zwischen der Temperatur der Körperoberfläche und derjenigen der Umgebung verkleinert. Wenn die Außentemperatur erkaltet, so wird das Blut durch die kalte Luft von der Haut in die inneren Organe zurückgedrängt und dadurch werden wieder die wärmeerzeugenden Stoffveränderungen gesteigert; es erfolgt stärkerer Stoffwechsel und das Bedürfnis nach Nahrungszufuhr wächst. Im Winter hat man deshalb mehr Verlangen nach Nahrung als im Sommer.

Die Wärmeerzeugung im Körper und die Wärmeabgabe an die Umgebung bedingen die Körpertemperatur, die beim Menschen normalerweise 37 bis 37½ Grad Celsius beträgt. Die Temperatur des weiblichen Körpers ist um etwa 0,3 Grad geringer als bei des männlichen. Die Körperwärme ist gewissen Tagesschwankungen ausgesetzt; bis zur fünften Nachmittagsstunde steigt sie auf etwa 37½ Grad an, um dann abzusinken und zwischen der 1. und 6. Morgenstunde 36,7 Grad Celsius zu betragen. Durch die Erhaltung der verhältnismäßig gleichbleibenden Körpertemperatur wird gegen die starrmachende Kälte der Umgebung Schutz geboten. Der ruhende Mensch kann es bei wenigstens 27 Grad Celsius ohne schützende Kleidung aushalten; bis zu 15 Grad herab genügt gewöhnliche Kleidung, um zu großen Wärmeverlust zu verhüten. Die Rückwirkung von Wärme- und Kältereizen ist nicht auf alle Menschen gleich, und man kann durch Gewöhnung diese Reize stark herabmindern. Wir frieren deshalb auch an den für gewöhnlich bedeckten Körperstellen leichter als an den gewöhnlich unbedeckten. In ähnlicher Weise sehen wir, daß die Eingeborenen kalter Gegenden bei einer dem Gefrierpunkt nahen Temperatur fast unbekleidet im Freien sich aufhalten, während Eingeborene heißer Klimata bei hoher Temperatur und großer Lufttrockenheit, die der Europäer kaum ertragen kann, eine feuchte Haut behalten. Das ist auf den reichlichen Hautfarbstoff der dunkelhäutigen Tropenbewohner zurückzuführen, der gefäßerweiternd und schweißfördernd wirkt, woher es kommt, daß die Negerhaut durch eine unvergleichlich heftige Perspiration (Hautausdünstung) ausgezeichnet ist; diese massenhafte Verdunstung von Körperflüssigkeit durch die Haut erzeugt hochgradige Verdunstungskälte, und darum fühlt sich die Negerhaut um so kühler an, je heißer die Sonne brennt. Es fällt auf, daß die Eingeborenen in tropischen Ländern immer kalte Hände haben, so daß man bei zufälliger Berührung fast erschrickt, während die Hände der Weißen immer warm sind.

Mittagskonzert in der Volksbühne. Ein besonderer Glücksfall war es, Wanda Landowska, die einzigartige Cembalo-Virtuosin, noch einmal, bevor sie Berlin verläßt, hören zu können. Völlig dunkel der mächtig große Theaterraum der Volksbühne. Nur das Podium belichtet. Und dort die Künstlerin an einem Pleyelschen Cembalo „Volten“, das sind Tänze im Walzertakt aus dem 17. Jahrhundert, spielend. Meist kurze Stückchen mit einem Haupt- und einem Gegenthema und rondoartigen Abschluß. Einfacher volksliedmäßiger Rhythmus — gewöhnlich von heller Durtonfärbung. Engländer, Franzosen, auch ein deutscher Musiker, Michael Praetorius, waren zu hören. Reizende Sächelchen, im schon kerndeutsch anmutenden „Dreher“ mit wild lustig auf- und niederrollenden Tonkaskaden bei Johann Sebastian Bach eine Etappe weiterer Entwicklung darstellend. Wunderbar ist das Spiel zu nennen: bald klingt's aus dem Instrument wie Silberglöckchen, bald wie wenn jemand mit einem Federkiel über die Saiten streicht. Diese Kunst der Fingerspitzen deucht unnachahmlich.

Und dann dieselbe Virtuosin am Bechstein. Hier gab sie uns eine Entwicklung des Walzers über den Lyriker Franz Schubert hinweg bis zum höchsten Poeten des Klaviers: Chopin. Was ehedem mehr Formsache, hat nun tiefen seelischen Inhalt bekommen, ist Erlebnis geworden, meinetwegen eine Idylle, oder eine frohe Erinnerung — manchmal auch eine süßromantische Romanze, ja durchschauernde Ballade. Von hohem musikhistorischem Interesse war Webers „Aufforderung zum Tanz“ in Originalfassung. Das Instrument empfing Leben und Seele unter ihren Händen. Wie Silberperlen troff es singend über die Saiten.... Alles war hingerissen von so viel holdester Schönheit: Beifall über Beifall.

ek.

Der Denkmalpflegeausschuß für ein Kunstausfuhrverbot. Im Hinblick auf die Verordnung über die Beschränkung der Ausfuhr von Kunstwerken, die im Reichsministerium des Innern ausgearbeitet ist, hat der geschäftsführende Ausschuß des Tages für Denkmalpflege an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung eine dringliche Eingabe gerichtet, worin er das Vorgehen der Reichsregierung freudig begrüßt. Es heißt in der Eingabe: „Der Ausschuß möchte erneut die Dringlichkeit eines solchen gesetzgeberischen Vorgehens betonen in Anbetracht, daß gerade in den letzten Monaten vor den in Aussicht stehenden großen Vermögensabgaben die Verkäufe einzelner Kunstwerke und ganzer Sammlungen in das Ausland sich erschreckend gehäuft haben. Aufgabe einer solchen Verordnung muß in erster Linie sein, alle Kunstwerke, die irgendwie für die Geschichte der deutschen Kunst und der deutschen Kultur von Bedeutung sind, dem Vaterlande zu erhalten, daneben aber auch die Auswanderung der größeren Sammlungen, die bisher öffentlich zugänglich waren und als Gemeinbesitz des deutschen Volkes angesehen werden konnten, besonders auch der fürstlichen Kunstsammlungen, unter allen Umständen zu verhindern. Bei aller Würdigung unserer finanzpolitischen Notlage glaubt der Tag für Denkmalpflege doch darauf hinweisen zu müssen, daß ein augenblicklicher Gewinn von einigen Millionen an Auslandswerten in gar keinem Verhältnis stehen würde zu der nie wieder gutzumachenden Beraubung und Verarmung Deutschlands an nationalem Kunstbesitz und zu der dadurch herbeigeführten dauernden Schädigung der geistigen Kraftquellen des deutschen Volkes.“

Leider können erhebliche Verluste, die der deutsche Kunstbesitz bereits erlitten hat, nicht wieder gutgemacht werden. Deutschösterreich hat seinerzeit im Handumdrehen die Angelegenheit glücklich erledigt. Vor lauter Erwägungen ist man bei uns zu nichts gekommen und die Valutapolitiker tragen die Verantwortung dafür.

Karlheinz Martin, bisher künstlerischer Leiter der „Tribüne“, ist aus diesem Theater ausgeschieden und in den Verband der „Vereinigten Bühnen: Kleines Theater und Kleines Schauspielhaus“ eingetreten.

Vorträge. Im Lessingmuseum spricht Donnerstag G. R. Kruse über die Oper im Spiegel der Parodie.

Groß-Berlin

Die neuen Magistratsmitglieder.

Die Kandidaten der einzelnen Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die am Dienstag als Magistratsmitglieder gewählt werden sollen, sind folgende: Für die Zentrumsfraktion ist vorgeschlagen der Direktor Dr. Esders von den Norddeutschen Eiswerken. Für die Fraktion der U. S. P. D. kommen auf die Liste: Stadtrat Ballad, Stadtrat Jeckelsohn, Frau Stadtv. Dr. Wehl, Stadtv. August Hintze, Stadtv. Wurm und Bürgerdeputierter Rank. Von der Fraktion der S. P. D. werden präsentiert: Stadträte Kunze und Sassenbach sowie die Stadtvv. Fröhlich, Koblenzer, Poetzsch und Ritter. Die Bürgerliche Vereinigung hat bisher die Mitglieder Oberlehrer Benecke (D. Vp.) und Bureausekretär Fritz Wege (Dnat. Vp.) genannt. Mit den übrigen Kandidaten wird noch verhandelt. Die genannten Stadtverordneten beabsichtigen, ihre Stadtverordnetenmandate beizubehalten. Es würden demnach etwa zehn Doppelmandate vorhanden sein.

Von den bisherigen unbesoldeten Stadträten würden hiernach ausscheiden: Geh. Rat Dr. Straßmann, Stadtältester Mielenz, Stadtältester Wagner, die Stadträte Seberg, Kalisch, Rast, Buchow, Runge, Panofsky, Francke, Reimann und Dr. Kuhlmann.

Die Spandauer bleiben Gegner der Eingemeindung.

Vom Spandauer Magistrat wird uns geschrieben: Zur Groß-Berliner Frage hat der Magistrat der Stadt Spandau den Standpunkt der städt. Körperschaften in einer Eingabe an die Abgeordneten der preußischen Landesversammlung erneut dargelegt. Die Spandauer Stadtverwaltung hält an der Ablehnung der Eingemeindung nach Berlin fest. Nach der Erklärung des Finanzministers Dr. Südekum in der Landesversammlung, daß ein Lastenausgleich über das ganze Land herbeigeführt werden soll, besteht für sie überhaupt kein triftiger Grund mehr für die Eingemeindung einer so entfernt liegenden, Berlin an Gebietsumfang nahezu gleichkommenden Gemeinde in die Reichshauptstadt, mit der Spandau weder Grenzen noch Interessen gemeinsam hat. Die Spandauer städtischen Körperschaften können nicht einsehen, warum die Stadtgemeinde Spandau ihren Anteil an der Einkommensteuer, den sie künftig von Staatswegen zugewiesen erhält, erst auf dem Umwege über Berlin in Empfang nehmen soll. Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß die Spandauer Stadtverordnetenversammlung, die aus 20 Mehrheitssozialisten, 19 Unabhängigen, 11 Vertretern der Rechtsparteien und 10 Demokraten besteht, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einmütig den Gedanken der Eingemeindung ablehnt.

Juristische Sprechstunde heute von 3—5 Uhr.

Waffenschiebung.

An einen Funktionär des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten trat ein Mann heran, um einen großen Posten Waffen und Munition zu verkaufen. Es handelte sich um folgende Waffen:

400 Stück Gewehre a 100 M., 12 Stück Maschinengewehre a 800 M., 200 Stück Parabellum-Pistolen a 65 M., 25 000 Schuß Infanteriemunition a 15 Pf., 10 000 Schuß Maschinengewehrmunition a 15 Pf.

Mitglieder des Arbeiterrats Neukölln und Kriminalpolizei verfolgten die Angelegenheit, um die Quelle zu ermitteln. Als diejenige Stelle, von wo aus die Lieferung vor sich gehen sollte, wurde das Rekrutendepot des Freikorps Hülsen im Doberitzer Barackenlager festgestellt. In dem Moment, als der Kauf perfekt werden sollte, trat die Kriminalpolizei in Aktion und verhaftete vier der an dem Verkauf beteiligten Personen. Inwieweit noch andere Kreise in dieser Angelegenheit beteiligt sind, wird die Untersuchung noch ergeben.

Eine bewaffnete Räuberbande ist wieder in Charlottenburg aufgetreten. In der Roscherstr. 9 klingelte es um 8¼ Uhr morgens an der Wohnungstür. Als das Mädchen öffnete, sah sie drei Männer vor der Tür stehen, die einen großen Holzkasten bei sich hatten und sagten, daß sie Auftrag hätten, die Gasleitung nachzusehen. Das Mädchen ließ die vermeintlichen Gasarbeiter ahnungslos eintreten. Sie machten sich zunächst an der Gasleitung zu schaffen und erkundigten sich dabei nach den Eheleuten D. Plötzlich zog einer der Männer einen Revolver und drohte das Mädchen zu erschießen, wenn es einen Laut von sich gebe. Das geängstigte Mädchen blieb auch ruhig und ließ sich von den beiden anderen Männern knebeln und fesseln. Die Räuber begaben sich sodann in ein Zimmer, in dem ein junger Mann, ein Verwandter der Wohnungsinhaber, noch im Bette lag. Sie fielen über diesen her, richteten die Waffe auf ihn, knebelten ihn und steckten ihm, um ihn am Schreien zu verhindern, einen Strumpf in den Mund. Dann durchsuchten sie das Zimmer und fanden darin 12 000 M. bares Geld, das sie zu sich steckten. Dann drangen sie in das Schlafzimmer der Eheleute D. ein, die von dem Vorgang nichts gemerkt hatten und ebenfalls noch im Bette lagen. Hier stießen sie jedoch, als sie das Ehepaar gleichfalls fesseln und knebeln wollten, auf heftigen Widerstand. Die Frau schrie laut auf, und der Mann setzte sich tatkräftig zur Wehr. Die Räuber ergriffen darauf die Flucht. Den „Gaskasten" mit verschiedenem Werkzeug und sogar einen Hut ließen sie in der Eile zurück, während sie jedoch die 12 000 M. mitnahmen. Die Räuber werden wie folgt beschrieben: Der eine ist etwa 30 bis 34 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat einen dunkelblonden Schnurrbart und trug einen braunen Jacketanzug und eine blaue Schirmmütze. Der zweite ist etwa 25 bis 30 Jahre alt und ungefähr 1,80 Meter groß und schlank, hat blondes Haar und trug eine schwarze Hose, einen feldgrauen Rock ohne Abzeichen und eine feldgraue Soldatenmütze. Der dritte ist etwa 1,60 Meter groß, hat blondes Haar und ein bartloses Gesicht und trug gleichfalls Militärmütze. In der Wohnung des Ueberfallenen befand sich bis vor kurzem ein Spielklub. Es wird damit gerechnet, daß die Räuber die Räumlichkeiten daher kennen. Mitteilungen über die Verbrecher nimmt der 2. Kriminalbezirk des Charlottenburger Polizeipräsidiums entgegen.

Erschossen aufgefunden wurde gestern an dem Waldweg bei Wünsdorf ein Soldat des dort liegenden Freikorps „Görlitz". Die Feststellung ergab, daß er durch drei Kopfschüsse getötet worden ist. Zweifellos handelt es sich um ein Verbrechen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. Von heute ab werden die ¼ Liter-Krankenkarten wieder mit Frischmilch beliefert. Um diese Belieferung zu ermöglichen, müssen die 1 und ¾ Liter-Karten vom 20. bis 26. d. Mts. einschließlich um je ½ Liter Milch gekürzt werden. Diese Kürzung darf nur in den Geschäften, welche von der Firma Spekowsky mit Milch beliefert werden, erfolgen. Als Ersatz für die ausfallende Milchmenge ein Pfund Reis auf Bezugsschein. Die Bezugsscheine werden von heute ab nur gegen Vorzeigung der abgestempelten A- und B-Karten in der Fleischabteilung, Breitestr. 1, Zimmer 16, ausgehändigt.

Buchholz. Auf die Nr. 91, 93, 94 und 95 der Lebensmittelkarte zusammen 700 Gramm Graupen. Voranmeldungen bis Dienstag. Auf Nr. 44 der Jugendlichenkarte in der Gemeindeverkaufsstelle 200 Gramm Nudeln. Abschnitt 11 der früheren Fischkarte Gemeindeverkaufsstelle 200 Gramm Brotmehl. Abschnitt 10 250 Gramm ausl. Kartoffelstärkemehl. Auf Abschnitt W 24 der Einfuhrzusatzkarte 250 Gramm amerik. Mehl.

Adlershof. In der Baracke Radickestraße auf Abschnitt 43 der Kartoffelkarte 7 Pfd. Kartoffeln und außerdem 28 Pfd. Vorauslieferung für die nächsten 4 Wochen auf die neue Kartoffelkarte. Auf Abschnitt 76 der Gemeindelebensmittelkarte 250 Gramm Marmelade (65 Pf.). In den Lebensmittelausgabestellen, Radickestr. 10, Kronprinzen-, Ecke Silchowstraße auf Abschnitt Z 16 der Einfuhr-Zusatzkarte 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl (42 Pf.), Abschnitt 92 der Kreislebensmittelkarte 250 Gramm Nudeln (33 Pf.). Abschnitt 93 150 Gramm Graupenmehl (12 Pf.) Kranke erhalten auf den 1. Abschnitt 125 Gramm bzw. 250 Gramm Weizengrieß (Pfd. 48 Pf.). Kinder bis zum 2. Lebensjahre 1 Dose Malzextrakt (2,60 M.). Bezugsscheine werden in der Kartenausgabestelle Radickestraße, Baracke, gegen Vorlegung des Stammbuches oder Geburtsscheines verabfolgt.

Alt-Glienicke. In den Verkaufsstellen und Konsum: Abschnitt 92 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Maisfabrikate, Abschnitt 93 125 Gramm Kartoffelstärkemehl, Abschnitt 91 125 Gramm Graupenmehl. Abschnitt J 46 der Jugendlichenkarte 250 Gramm Graupenmehl, Abschnitt 32 der blauen Lebensmittelkarte ½ Pfd. Saubohnen

Bohnsdorf. Auf Abschnitt 91 der Kreislebensmittelkarte ½ Pfd. Erbsen (53 Pf.), Abschnitt 94 150 Gramm Kartoffelstärkemehl (81 Pf.), Abschnitt P 13 der Einfuhrzusatzkarte ½ Pfd. Marmelade (65 Pf.), Abschnitt Q 14 der Einfuhrzusatzkarte ½ Pfd. Maisfabrikate (1,45 M.), Abschnitt R 14 ½ Pfd. Suppenwürfel (53 Pf.) und auf Abschnitt K 20 der Einfuhrzusatzkarte ½ Pfd. amerik. Auszugsmehl (42 Pf.). Anmeldungen bis einschl. Mittwoch. Warenausgabe ab Freitag.

Lichterfelde. Ende der Woche 250 Gramm Nudeln auf Nr. 91 der Lebensmittelkarte, 100 Gramm Nudeln auf Nr. 44 der jugendlichen Karte, 150 Gramm Sago auf Nr. 93 der Lebensmittelkarte, ausl. Dörrzwiebeln pro Pfd. 4 M. Verkauf in den Gemüse- und Kolonialwarengeschäften.

Arbeitsaufnahme in den Elektrizitätswerken.

Um über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Städtischen Elektrizitätswerken zu entscheiden, war am Sonntagvormittag eine Versammlung der Elektrizitätsarbeiter nach der Festhalle des Stadthauses einberufen. Die in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten, mit dem Reichswehrminister vereinbarten Bedingungen für die Beilegung des Konflikts in den Elektrizitätswerken waren Gegenstand der Erörterung.

Schmidt gab einen Bericht über die Ursachen des Konflikts. Nachdem die Maschinisten und Heizer die Aufnahme der Arbeit beschlossen hatten, wurde bekannt, daß der Arbeiterrat Silt sowie drei oder vier andere für den Streik tätig gewesene Kollegen verhaftet worden sind. Nun stellten sich die Vertreter der Arbeiter auf den Standpunkt: die Notstandsarbeiten werden ausgeführt, die übrigen Arbeiten aber erst dann aufgenommen, wenn die Verhafteten in Freiheit gesetzt sind. Die Kommission verhandelte mit dem Reichswehrminister Noske. Der erklärte, die Verhafteten werden freigelassen, sobald eine Erklärung der Direktion vorliege, daß die Arbeiter die Notstandsarbeiten aufgenommen haben. Alle anderen bei diesem Konflikt aufgeworfenen Streitfragen gingen ihn nichts an. Die Direktion machte die Abgabe der von ihr geforderten Erklärung, daß die Notstandsarbeiten aufgenommen seien, davon abhängig, daß die Arbeiterkommission erkläre, Entlassungen, die aus Anlaß des Streiks vorgenommen werden, sollen nicht mit einem neuen Streik beantwortet werden. Eine solche Erklärung abzugeben lehnte die Kommission ganz entschieden ab. So war es also nicht möglich, die Verhafteten freizubekommen.

Schlichting, Vorsitzender des Verbandes der Maschinisten und Heizer, bezeichnete die vorgeschlagenen (in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten) Einigungsbedingungen als ein Dokument der Schande, das kein Arbeitervertreter unterschreiben könne. Die Bedingungen seien ein Instrument der Diktatur, aber nicht der Vereinbarung. Es könne gar keine Rede davon sein, daß unter diesen Bedingungen die Arbeit aufgenommen werde.

In demselben Sinne sprachen auch die nachfolgenden Redner. Sie betonten einmütig, daß die Befreiung der Verhafteten jetzt die erste Aufgabe der Arbeiter sei.

Bredow, Mitglied der Fünfzehnerkommission der Metallarbeiter, sagte, er habe vom Geheimrat Sitzler aus dem Reichsarbeitsministerium die am Sonntagvormittag vom Kabinett bestätigte Zusicherung erhalten, daß die Verhafteten in dem Augenblick, wo die Arbeit aufgenommen wird, sofort freigelassen werden.

Direktor Schirb erklärte, die Verhaftungen seien nicht von der Direktion veranlaßt, sie habe auch kein Interesse an der Aufrechterhaltung der Haft. Bei den etwa vorzunehmenden Entlassungen werde der tarifliche und der rechtliche Weg streng innegehalten werden.

Schlichting verlangte eine klare Antwort, ob die Verhafteten wieder eingestellt werden. — Darauf sagte Direktor Schirb, diese Frage sei doch Gegenstand der durch den Schlichtungsausschuß vorzunehmenden Prüfung und Entscheidung. — Schlichting betonte, es handele sich jetzt in erster Linie um das Wohl und Wehe der verhafteten Kollegen. Die Antwort, die der Direktor gab, sei von demselben Geist erfüllt wie die diktatorischen Bedingungen. Wenn sich die Direktoren, die ja auch nur Angestellte der Stadt Berlin sind, das Recht anmaßen, die Entlassung mißliebiger Arbeiter zu verlangen, dann könnten wir einmal den Spieß umdrehen und die Entlassung der Direktoren fordern. (Stürmischer Beifall.) — Heinrich, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte des Magistrats, forderte gleichfalls die Ablehnung der Bedingungen.

Die anwesenden Direktionsvertreter zogen sich zu einer Besprechung mit den Verbandsvertretern zurück. Als Ergebnis der Besprechung teilte Schlichting mit: Die Direktion ist bereit, mit uns zu verhandeln. Wir stellen die Bedingung: Wenn wir die Aufnahme der Arbeit beschließen, dann müssen die Verhafteten sofort freigelassen werden und Maßregelungen dürfen in keiner Weise stattfinden.

Die Direktoren gingen zum Oberbürgermeister Wermuth, um sich wegen dieser Forderung mit ihm zu besprechen. — Inzwischen wurde die Versammlung vertagt. Als sie nach vierstündiger Unterbrechung wieder eröffnet wurde, verlas Schlichting die folgenden mit der Direktion getroffenen Einigungsbedingungen:

1. Die Arbeit wird in vollem Umfange von allen bisher beschäftigten Arbeitern aufgenommen.

2. Eine Belästigung derjenigen Arbeiter, die während des Streiks gearbeitet haben, findet nicht statt.

3. Gegen die tarifliche Bezahlung derjenigen Personen, welche während des Streiks gearbeitet haben, werden keine Einwendungen erhoben.

4. Das gegen einzelne Arbeiter vorliegende Belastungsmaterial wird geprüft werden. Ergibt sich nach dem Ergebnis der Prüfung keine Beilegung des Streitfalles, so sind die Entscheidungen der Direktion oder des Magistrats einem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten, der sich aus drei von der Direktion bzw. dem Magistrat und drei von den Arbeitnehmern der St. E.-W. zu benennenden Vertretern unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz zusammensetzt. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Spruch ist für beide Teile bindend.

5. Eine Bezahlung der Streiktage wird nicht gefordert.

6. Es wird für die Zukunft festgestellt, daß bei Streiks die Arbeiter nur die Arbeit niederlegen bzw. den Betrieb verlassen, nicht dagegen irgendwelche über ihren Pflichtenkreis hinausgehende Eingriffe in den Betrieb vornehmen dürfen.

7. Sobald die Arbeiterschaft die vorstehenden Bedingungen angenommen hat, wird die Direktion von der Annahme der Bedingungen dem Reichswehrministerium unverzüglich Mitteilung machen. Ebenso verpflichtet sich die Direktion, dem Reichswehrministerium die Aufnahme der Arbeit in den Betrieben unverzüglich mitzuteilen, damit gemäß den zwischen Reichswehrministerium und Arbeiterschaft getroffenen Abreden die Freilassung der verhafteten Arbeiter erfolgen kann.

Nach kurzer Diskussion wurden diese Bedingungen mit allen gegen drei Stimmen angenommen und beschlossen, die Arbeit noch am Sonntagabend wieder aufzunehmen.

*

Die Leute der Technischen Nothilfe und deren Sicherheitstruppen haben den Befehl bekommen, die Werke nach Aufnahme der Arbeit sofort zu verlassen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Eisenbahnerwerbenausschuß. Mittwoch, 6 Uhr, Versammlung von mehrheitssozialistischen Bediensteten der Großberliner Betriebsmeistereien im Restaurant „Kani", Charlottenburg, Horstweg 25.

Bildungsveranstaltungen.

Kursus für befähigte Parteigenossen. Heute 5 Uhr im Vortragssaal Hörerversammlung.

Sportnachrichten.

Radrennen in Treptow. Fliegermeisterschaft von Treptow, Entscheidungslauf über 900 Meter: 1. Abraham 1 Min. 37 Sek., 2. Münzner, 3. Hassmann, 4. Kendelbacher. — Juniorfahren, 900 Meter: 1. Schreiber 1 Min. 22 Sek., 2. Roß, 3. Heinrich, 4. Wühle. — Vorgabefahren: 1500 Meter: 1. Teßloff, 1 Min. 59 Sek., 2. Nädlitz, 3. Kendelbacher, 4. Dahnke. — Prämienfahren, 20 Runden: 1. Häußler 9 Min. 24 Sek., 2. Dahnke, 3. Schulz, 4. Müller. — „Das Große Handicap", Vorgabe-Dauerrennen über 60 Kilometer: 1. Appelhans (0) 55 Min. 24 Sek., 2. Kuschkow (5) 2000, 3. W. Sawall (7) 3840 Meter zurück; Przyrembel (2) und Rosenlächer (3 Runden Vorgabe) weit zurück. — Prämienfahren für die Unplazierten, 10 Runden: 1. Hahn 5 Min. 8 Sek., 2. Krahner, 3. Kopp, 4. Petri.

Wetterbericht bis Dienstag mittag: Ziemlich mild, zeitweise heiter, jedoch noch überwiegend trüb oder nebelig bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Stuttgart, 19. Oktober.

Schluß des 6. Verhandlungstages.

Der weitaus größte Teil der zum Vorstandsbericht gestellten Anträge wird dem neuen Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Beschlossen wird u. a., für die Beseitigung der Frauenarbeit in der Schwerindustrie einzutreten und eine Reichskonferenz der Schmiede einzuberufen. Zu der Resolution Dißmann liegt ein Zusatzantrag vor, nach dessen Annahme die Resolution in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 129 Stimmen zum Beschluß erhoben wird.

Mit gewaltiger Mehrheit wird ein Antrag Flensburg abgelehnt, der Sperrung der Beiträge an die Generalkommission fordert. Nach einer Erklärung der Kommunisten gegen die Erklärung Richard Müllers wird dieselbe in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen. Bei der Beratung eines Antrags, der Vorstand müsse für Aufhebung des Belagerungszustandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Sachsen eintreten, kommt es zu

wüsten Auftritten.

Marx-Dresden bemerkt, er könne es im Hinblick auf die unerhörten Treibereien der Unabhängigen und Kommunisten der Regierung nicht verdenken, wenn sie den Belagerungszustand nicht aufhebt. — Dißmann gelingt es endlich, seine Freunde zur Ruhe zu bringen. Als Lippmann-Leipzig diese Tumultszene als eine Abstrafung seines Vorredners durch den Verbandstag bezeichnet, erhält die Minderheit stürmische Schlußrufe. — Dißmann beantragt nunmehr, den Antrag dahin zu erweitern, daß er für das ganze Reich gilt. — Nachdem Haas bemerkt hat, daß die Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes die Aufgabe der Gewaltpolitik von links sei, wird derselbe einstimmig angenommen. Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt, und der Verbandstag vertagt sich auf Sonntag 10 Uhr.

7. Verhandlungstag.

Der Verbandstag trat heute im Friedrichsbau zusammen, da ihm das alte Tagungslokal nicht mehr zur Verfügung steht. Die Verhandlungen wurden um 10 Uhr mit dem Punkt 4 der Tagesordnung, „Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten", eröffnet. Zunächst wird der Bericht der Rechnungskommission entgegengenommen. Die Kommission schlägt für kleine Geschäftsstellen und Bureaubeamte in Orten mit billiger Lebenshaltung ein Grundgehalt von 500 M. vor. Als allgemeine Norm für Geschäftsführer und Bureaubeamte in Mitgliedschaften unter 3000 Mitgliedern solle ein Grundgehalt von 600 M. gelten. In größeren Ortsvereinen sollen Bezirksleiter, Geschäftsführer, Bevollmächtigte und alle Angestellte mit gleicher Verantwortung ein Anfangsgehalt von 700 M. bekommen. Alle diese Gehälter sind in drei Jahren um 100 M. zu erhöhen. Für die Mitglieder des Hauptvorstandes werden Gehälter auf 850 M., steigend in drei Jahren auf 1000 M., festgelegt. Weibliche Angestellte, die dieselben Arbeiten zu leisten und dieselbe Verantwortung zu tragen haben wie die männlichen, sollen grundsätzlich dieselbe Entlohnung erhalten. Die weiblichen Hilfskräfte werden nach den jeweilig geltenden Ortstarifen der Angestelltenverbände entlohnt. Weiter beantragt die Kommission, diese Gehaltssätze rückwirkend ab 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Die Gehälter aller Angestellten usw. sollen durch die Hauptkasse übernommen werden, ohne daß das Angestelltenverhältnis dadurch berührt wird. Vor dem 1. April angestellte erhalten im ersten Jahre 12 Arbeitstage, vom zweiten bis achten Jahre 18 und darüber 24 Tage Urlaub. Schon bestehende bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden. — Alle Vorschläge werden nach langer Diskussion mit Ausnahme dessen, der die Gehaltszahlung an die Hauptkasse überweisen will, angenommen. Einige Anträge, den Angestellten des Verbandes ihre Militärzeit auf die Dienstzeit im Verbande anzurechnen, wird abgelehnt.

Im Anschluß an diese Beratungen wird über „verschiedene Anträge" beraten und abgestimmt. Beschlossen wird u. a., im Parlament die Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug der Altersrente auf 60 Jahre zu beantragen. Ferner wird von der Regierung die Verschmelzung der Betriebs- und Ortskrankenkassen und eine weitere Ausgestaltung der Krankenfürsorge gefordert.

Müller-Bremen begründet in 20 Minuten langer Rede eine Sympathiekundgebung an Sowjet-Rußland, in der es u. a. heißt: Der in Stuttgart versammelte Kongreß deutscher Metallarbeiter, der 1½ Millionen deutscher Arbeiter vertritt, entbietet in diesen schweren Stunden den russischen Genossen brüderlichen Gruß und herzliche Sympathie. Der Kongreß richtet an die französischen, amerikanischen, italienischen und englischen Arbeiter, durch deren Aktion die Entente gezwungen wurde, direkte militärische Intervention in Rußland aufzugeben, die dringende Aufforderung, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade gegen Rußland zu erzwingen. Der Kongreß verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß weitere Werbungen von Söldnern gegen Rußland und die Teilnahme Deutschlands an der Blockade unterbleibt und die sofortige Aufnahme von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland erfolgt.

Nach Erklärungen der beiden Fraktionsführer Dißmann und Haas wird die Resolution gegen zwei Stimmen angenommen.

Am Montag gehen die Verhandlungen weiter, ob der Verbandstag an diesem Tage zum Schluß kommt, ist noch sehr fraglich.

Gewerkschaftsbewegung

Versammlung der Verkehrsangestellten.

Im großen Saal der Sophiensäle tagte am gestrigen Sonntag Vormittag eine überfüllte Versammlung der Verkehrsangestellten. Sterzel und Vogler erstatteten Bericht über die am Vortage mit der Direktion der Straßenbahn gehabten Verhandlungen. Der Streik sei besonders deswegen proklamiert worden, weil die Verkehrsangestellten sich verpflichtet fühlten, nicht mit „Streikbrecherstrom", der von der Technischen Nothilfe geliefert worden sei, zu fahren. Insbesondere habe das Personal sich auch geweigert, mit einem Streikbrecher zusammenzuarbeiten. Mit einem überaus nervösen Betriebsingenieur seien die Angestellten arg kollidiert. Dieser Herr sei sehr aggressiv vorgegangen und der Generaldirektor Wussow habe sich schließlich genötigt gesehen, dessen Verhalten entschieden zu rügen. Das technische Personal der Straßenbahn habe die Arbeit im vollen Umfange eingestellt. Da indessen nunmehr die verhafteten Arbeiterausschußmitglieder auf Betreiben der Direktion hin wieder auf freien Fuß gesetzt worden seien, werde der Betrieb im vollen Umfange aufrecht erhalten. Es habe sich besonders um die Wahrung der Solidarität mit den verhafteten Arbeiterausschußmitgliedern der Elektrizitätswerke gehandelt. Der Ausstand der Straßenbahner sei lediglich eine Aktion, den Streikbeschluß der Maschinisten und Heizer durchzuführen.

Klose führte aus, die Arbeiterschaft lasse sich durch keinerlei Maßnahmen und Verhaftungen von Arbeiterfunktionären beeinflussen.

Der „starke Gustav"

werde nichts erreichen und es seien ihm am Freitag derartige „Wahrheiten und direkte Grobheiten" gesagt worden, daß der Redner darüber verwundert sei, von ihm nicht hinausgeworfen zu sein. Es müsse der Behörde gezeigt werden, daß die Arbeiter sich nicht durch Verfügungen in alle Winde zerstreuen lassen. Generaldirektor Wussow habe sich mit Entschiedenheit für die Haftentlassung der festgenommenen Ausschußmitglieder eingesetzt. Es müsse zugegeben werden, daß von seiten der Arbeiter grobe Fehler begangen worden seien. Man könne jedoch erst nach dem Ende des Kampfes über diese Fehler reden; dann werde mit den Leuten, welche diese Fehler begangen haben, gründlich „Fraktur geredet".

Der Versammlungsleiter Siemann (Hochbahner) führte aus, daß bei den

Hochbahnangestellten die gelbe Bewegung

nach dem Julistreik rapide zugenommen habe und daß diese von irgendeinem Streik nichts mehr wissen wolle. Auf diese Leute sei nicht mehr zu rechnen. Man müsse ihnen die Solidarität aufkündigen und dürfe sie in ihren Forderungen nicht mehr unterstützen. Ein Straßenbahner vom Fahrpersonal betonte, daß die Verkehrsangestellten eigentlich geringe Ursache zu Sympathiestreiks hätten, da sie im Juli 16 Tage im Streik gestanden hätten, ohne daß von seiten der Berliner Arbeiterschaft auch nur Miene gemacht worden sei, ihnen durch Sympathiestreiks beizustehen.

Der Streik der Müllkutscher, Mitfahrer und Verladearbeiter bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer ist noch nicht beigelegt. Im Gegensatz zu den Streikenden, welche den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin angenommen hatten, lehnt die Wirtschaftsgenossenschaft die Annahme des Spruches ab. Ihren ablehnenden Standpunkt begründet die Gesellschaft mit der Notwendigkeit, das Dreifuhrensystem aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterschaft ist bekanntlich gegenteiliger Meinung. Dessenungeachtet haben die Streikenden sich bereit erklärt, ihre Forderung auf Bewilligung des Zweifuhrensystems mit 90 Kästen pro Tag fallen zu lassen und dem Verlangen der Gesellschaft, drei Fuhren pro Tag mit 100 Kästen zu leisten, nachzukommen, unter der Voraussetzung, daß dann auch die Direktion bezüglich der Erhöhung des Lohnes ein größeres Entgegenkommen zeigt. Die Verhandlungen, die mit dem Aufsichtsrat und der Direktion am Donnerstag und Sonnabend geführt wurden, haben zu einem Einvernehmen noch nicht geführt.

Nach längeren Erörterungen hat die Gesellschaft sich bereiterklärt, für das täglich zu leistende Arbeitspensum von drei Fuhren mit 100 Kästen bzw. 600 Kästen in der Woche folgende Lohnsätze zu zahlen: für Kutscher 159 M., Mitfahrer 144 M., Verladearbeiter 123 M., Stalleute 115 M., Hofarbeiter 95 M., Monteure und Kranführer 133 M. pro Woche. Das Reinigen der Pferde an Sonntagvormittagen soll den Kutschern mit 6 M. bzw. 9 M. vergütet werden. Alle anderen Tariffragen sollten nach Annahme dieser Lohnsätze und nach erfolgter Arbeitsaufnahme dann weiterberaten werden.

Am Freitag beschäftigten sich die Streikenden in einer Versammlung mit dem Verhandlungsergebnis. In der ausgedehnten Aussprache wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterschaft in Rücksicht auf ihre Zustimmung zum Dreifuhrensystem ein größeres Entgegenkommen erwartet hätte. Der Arbeiterausschuß und die Verbandsleitung wurden beauftragt, die Verhandlungen am Sonnabend mit der Gesellschaft weiterzuführen und dahin zu wirken, daß den Kutschern, Schaffnern und Verladearbeitern höhere Lohnzugeständnisse gemacht würden.

Die Verhandlung am Sonnabend hat jedoch zu einem weiteren Ergebnis nicht geführt. Die Direktion und der Aufsichtsrat erklärten, daß sie aus geschäftlichen und finanziellen Gründen weitere Zugeständnisse nicht machen könnten.

Die Streikenden werden sich wahrscheinlich am Montag mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten fordert seine Mitglieder auf, sich an der vom Ortskartell Berlin der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände für die in der Metallindustrie streikenden Arbeiter veranstalteten Geldsammlungen recht rege zu beteiligen. Es sind besondere Sammellisten angefertigt worden, die in der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin NW. 52, Werftstr. 7, in Empfang genommen werden können. Alle Betriebsvertrauensleute sollten es als ihre Pflicht ansehen, bei den Kollegen ihres Betriebes für tatkräftige Unterstützung der Sammlung zu sorgen. Hier gilt es zu beweisen, daß wir die allgemeine Arbeitnehmersolidarität nicht als eine hohle Phrase ansehen, sondern gewillt sind, den Streikenden auch tatsächlich durch Geldmittel beizuspringen. Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin.

Zum Metallarbeiterstreik.

A. E.-G.-Betriebe Hennigsdorf. Montag, den 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 101: Betriebsversammlung. Tagesordnung: Bericht der Streikleitung.

A. Borsig. Montag, den 20. Oktober, mittags 12 Uhr, bei Görbis, Eichbornstraße, Ecke Waldstraße: Betriebsversammlung. Tagesordnung: Bericht der Streikleitung.

Lorenz Tempelhof. Betriebsversammlung am Dienstag, den 21. Oktober, in der Bockbrauerei, 11 Uhr. Anschließend Auszahlung.

Zentralverband der Angestellten. Montag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, Versammlung der Schirm- und Stockbranche im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Bericht aus den Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuß.

Sektion der Angestellten der Verband- und Zellstoffhersteller. Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Börsensaal, öffentliche Versammlung aller Angestellten. Stellungnahme zu dem Angebot der Arbeitgeber. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Musikinstrumentenarbeiter. (Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin.) Am Dienstag, den 21. Oktober, nachmittags 5 Uhr, außerordentliche Versammlung der Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse sämtlicher Betriebe im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Forderungen neuer Teuerungszulagen. 2. Kündigung des Reichstarifs. 3. Verschiedenes. Kollegen aller Branchen der Musikindustrie, sorgt dafür, daß bei dieser wichtigen Versammlung Eure Betriebe vollzählig vertreten sind.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Oesterreicher und Ungarn aller Nationen, Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene: Versammlung am Mittwoch, 7 Uhr, in der Aula der Dresdener Str. 113. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Sektion: Oesterreich-Ungarn. — **„Astronomische Arbeiten während des Weltkrieges."** Mittwoch, 7½ Uhr, Lichtbildervortrag des Dir. Dr. Archenhold im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte. Mit dem großen Fernrohr wird abends der Doppelstern Albireo im Schwan der Andromedanebel beobachtet.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Wir bitten Sie in
Ihrem eigenen Interesse
von Ihrem Buchhändler zu verlangen
Die Komödianten
Roman von Louis Couperus
Gebunden M. 13.— (mit 10% Buchhändler-Aufschlag)
Georg Müller Verlag München

Auch die sauberste Mutter

ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungeziefer mitbringt. Sie kann es aber — Ungeziefer nebst Nissen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei schäumt unser Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schinnen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker. Flasche 1,75 M. und 2,75 M. überall zu haben.

Parasiten-Liniment Pfeifferol, Flasche 1,75 M. und 2,75 M.
Tricresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, 1,25 M.
Hautcreme Pfeifferol, Tube 1,25 M.
Frostcreme Pfeifferol, 75 Pf. und 1,25 M.
Wanzentod Pfeifferol, Flasche 2 M., 3,50 M. und 5 M.
Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Schulstraße 17.
Lieferanten der deutschen Armee in Fußpflege-, Frost- und Ungeziefermitteln.

Circus Busch
Vorläufig keine Boxkämpfe
dafür jetzt wieder tägl. 7½ auch Dienstag u. Freitag „Aphrodite"
Tragikomisch. Pantomime in 3 Akt. v. Paula Busch.
Vorher d. gr. Zirkus-Progr.

Reichshall.-Theater
7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Reichshallen-K.: Dönhoff-Brettl.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die Arche.
Das ewige Rätsel.

Zigaretten
türk., amerikan. und ägyptische, Schweizer Memphis, d. Mundstück M. 200,— per Mille.
Zigarren
100 Stück 70, 85, 100, 120 M.
Rauchtabak
garantiert rein, überseeisch, Rippentabak Pfund Mark 25,—, bei 25 Pfund Mark 23,—.
L. Manheimer, Berlin, Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

MÖBEL
Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer
ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.
MÜLLER
Berlin, Alexanderstr. 31. Tel. Kgst. 1737.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10
Tel.: Lützow 3705 und 8518.

August Strindberg
Eine Friedensnovelle
Gebunden M. 6.—
(mit 10% Buchhändler-Aufschlag)
Neues Wiener Journal: „Strindberg läßt vor uns in fernem Horizonten das Bild eines beseligenden Friedens sehen, ein paradiesisches Eiland, dem sich unsere Blicke jetzt sehnsuchtsvoll zuwenden. Das ist die Botschaft August Strindbergs wie aus einem Jenseits, das tiefste Bekenntnis dieses Dichters."
Die deutsche Gesamtausgabe von August Strindbergs Werken
erscheint ausschließlich im
Georg Müller Verlag München, Elisabethstr. 26
Verlangen Sie kostenfrei unsere Kataloge

Sämtliche gebrochenen Gußeisenteile
werden in meiner Hartlöt-Reparaturwerkstatt unter Garantie der Haltbarkeit promptest gelötet. Hartlötflußmittel für alle Metalle und Weichlötpasten in anerkannt vorzüglichen Qualitäten.
Martin Meyer, Fabrik chemischer Produkte,
Prenzlauer Allee 100. Telephon: Königstadt 1012.

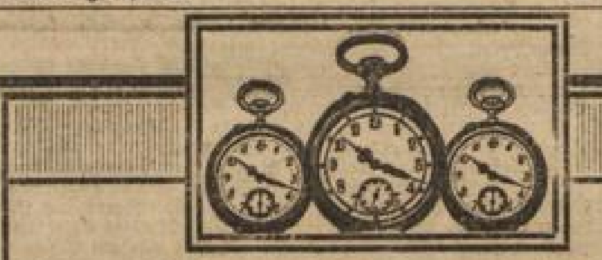
Quecksilber
1 Kilo bis
Mark 50.—
kauft Metallkontor, Alte Jakobstraße 138 Moritzplatz 12888).

Nur allein
Kunstspiel-Pianos und Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstnüancierung.
Römhildt A.-G., Leipziger Straße 119—120, I. Stock.

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Spezial-Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Bestrahlungen, Höhensonne, Vierzellen-, Elektr. u. med. Bäder
Aerztliche Heilanstalt Löser, Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen
Harn- und Blutuntersuchungen.



Uhren, Gold- u. Silberwaren, Brillanten
Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei
MAX BUSSE
Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177
an der Invalidenstraße.
Größtes und fachmännisch geleitetes Spezial-Geschäft
Neu eingetroffen:
Taschenuhren von 13,50 M. an, Wecker von 12,– M. an.

Dr. Grütering
Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof.
10—1, ½5—½7, Sonnt. 11—12

Spezialarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 190 II,
Eingang Kronenstraße.
Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Heilmethode.
Harn- und Blutuntersuchung.

Dr. med. Laabs
Spezialarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
sed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 6.25, 9.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 313, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Gegen unreines Blut
zum Ausscheiden aller Schärfen aus den Säften gibt es nichts Besseres als Apotheker Lenrusteins Aennactions-Pillen ganz bes. bei Ausschlägen, Geschwülsten, unter Haut, Flechten, Blutandrang und Verstopfung. Dose M. 5,50 nur von Apoth. Lenrusteins Berl. Spremberg L. 44.

Juwelen
Perlen
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9
Tauentzienstr. 18 A
Tel.: Zentr. 8984.

Ankauf von Juwelen
Perlen, Smaragde usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

!!! Geld !!!
für jede Verrichte, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Kastenwagen
und alle anderen Transportgeräte lief. billigst. Groß. Berner G. Wagner, Cöpenick. St. 71

Vor Verkauf von
Platin
anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor
Alte Jakobstr. 138.
Moritzpl. 12 58

Sporthaus Willy Kohlmey
Fernspr. Ndn. 2782 Berlin N. 24 Fernspr. Ndn. 2782
Ziegelstr. 3 (an der Weidendammer Brücke und Bahnhof Friedrichstraße)

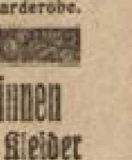
Pianos
Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchte Instrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

Saal, 1000 Personen fassend,
Versammlungen, Vereinsvergnügungen
Mitritz, Sophienstr. 34.

Seit 1872
KUHLA-PIANOS
Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin:
N 31, Wattstr. 17-18

Nirgends besser als beim Schneidermeister
Lesser,
A. Jakobstr. 98
Neuanf., Instands. v. Herren-Damen- u. Kinder-Garderobe.



Steppdecken
Daunen- und Wollsteppdecken in reicher Auswahl.
Bernhard Strohmandel, Berlin S, Wallstr. 72.
Filial.: Joachimsthaler Str. 25/26 u. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße.
Alte Steppdecken werd. aufgearb.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipz. Str. 75 I
Höchste Beleihung
Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10—50% unt. Ladenpr.
Zentrum 1964 — Geschäftsz. 10—

Musternäherinnen
für Blusen und Kleider
im Hause
bei hohem Lohn.
Arbeitszeit 9—4 Uhr.
Frank & Bernstein
Scharrenstr. 11/13.

Blusennäherinnen
für elektrischen Betrieb bei hohem Lohn, Arbeitszeit 9—4 Uhr, verlangen 70/13
Frank & Bernstein,
Scharrenstr. 11/13. Aufg. C.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Fritze, Steglitzer Straße 37, Laden. — Markusstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Melle, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Belziger Straße 27
Charlottenburg: Sesenheimer Straße 1.
Steglitz: Ziegeldecker, Schildhornstr. 11.
Hohenschönhausen: P. Schulz, Wriezener Str. 17 part., abends 5—7 Uhr.